



Vorarlberg
unser Land



Vorarlberg
unser Land



Vorarlberg
unser Land



Vorarlberg
unser Land



Vorarlberg
unser Land



Vorarlberg
unser Land



Vorarlberg
unser Land



Vorarlberg
unser Land



Vorarlberg
unser Land



Vorarlberg
unser Land

Pressekonferenz

Freitag, 15. September 2017

Landesrat Erich Schwärzler (Sicherheitsreferent der Vorarlberger Landesregierung)

Michaela Kardeis (Generaldirektorin für die öffentliche Sicherheit)

Regierungsrätin Cornelia Komposch (Departement für Justiz und Sicherheit, Kanton Thurgau)

Hans-Peter Ludescher (Landespolizeidirektor Vorarlberg)

**“Radikalisierung und Terror –
mögliche Gegenstrategien“**

Radikalisierung und Terror – mögliche Gegenstrategien

Die Sicherheitsrisiken in Europa haben sich in den vergangenen Monaten ausgeweitet: Die Gefahr von Terroranschlägen und Radikalisierung ist spürbar gestiegen. Trotzdem ist Vorarlberg mit der höchsten Aufklärungsquote aller Bundesländer (62 Prozent) und ausgezeichneten Sicherheitsstrukturen nach wie vor eine der sichersten Regionen. Um Radikalisierung und Terror bestmöglich vorzubeugen, setzt Vorarlberg in Zusammenarbeit Bund, Gemeinden, Behörden, Schulen und Institutionen auf gezielte Maßnahmen mit dem Schwerpunkt Vernetzung und Austausch.

Um Extremismusprävention erfolgreich und wirkungsvoll durchführen zu können, muss sie als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet werden. Dazu braucht es eine kontinuierliche und verlässliche Zusammenarbeit von Behörden, Bund, Land und Gemeinden, Schulen und allen anderen betreffenden Einrichtungen. Deshalb zielen alle Maßnahmen der Extremismusprävention auf die Vernetzung der Systempartner. Von Mitte 2015 bis Mitte 2017 wurden bereits umfangreiche Maßnahmen ergriffen:

- Gemeinden, Exekutive, die Offene Jugendarbeit und die Anlaufstelle IfS wurden vernetzt
- Die Anlaufstelle "IfS-Extremismusprävention" bietet Betroffenen Unterstützungs- und Beratungsdienste, wenn konkrete Hinweise auf eine mögliche Radikalisierung vorliegen.
- Seit 2015 werden die einzelnen Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit verstärkt in die Zusammenarbeit eingebunden.
- Auch Schulen werden in die Maßnahmen eingebunden: Durch eine Sensibilisierung der Lehrpersonen bei Weiterbildungsveranstaltungen und durch eine Bewusstseinsbildung bei den Schülern selbst.
- Durch offensive Informations- und Öffentlichkeitsarbeit soll außerdem eine Breitenwirkung in Sachen Extremismusprävention gefördert werden.

Für den Herbst 2017 wurden zusätzliche Schwerpunkte gesetzt:

- Dialogforen sollen Migrantenorganisationen zur verstärkten Beteiligung an der Extremismusprävention bewegen.
- Die erfolgreich an den Schulen durchgeführten Maßnahmen wie Workshops und Weiterbildung für Lehrpersonen sollen weiter ausgebaut werden.
- Außerdem ist die Einrichtung des bundesweiten Netzwerkes "Extremismusprävention und Deradikalisierung" mit dem Ziel der Entwicklung einer nationalen Präventionsstrategie unter Beteiligung mehrerer Ministerien, der Bundesländer und Facheinrichtungen vorgesehen.

"Im Umgang mit dem Thema Radikalisierung und Gewaltbereitschaft ist neben verstärkter Prävention und Sensibilisierung in allen Teilen der Zivilgesellschaft aber auch konsequentes Handeln der Exekutive notwendig", so Sicherheitslandesrat Erich Schwärzler.

Weiterentwicklung sicherheitsbehördlicher Zusammenarbeit

Neben weiteren Personal- und Investitionsoffensiven des Bundesministeriums für Sicherheit und der konsequenten Umsetzung des Sicherheitsvereinbarung zwischen Bund und Land soll mit der Initiative "GEMEINSAM.sicher", welche in Vorarlberg bei sieben regionalen Sicherheitsstammtischen mit den regionalen bzw. lokalen Sicherheitsverantwortlichen vorgestellt wurde, auch die Bevölkerung verstärkt in sicherheitspolitische Fragen eingebunden werden.

Auch Im Rahmen des Bodensee-Sicherheitsgespräches und der Polizeichefvereinigung Bodensee werden mit Vertretern der Bodensee-Anrainerländer eine intensive internationale Zusammenarbeit gepflegt und Präventionsmaßnahmen und –Möglichkeiten diskutiert.

Die Wichtigkeit der gesamtgesellschaftlichen Zusammenarbeit unterstrich auch die Generaldirektorin für die öffentliche Sicherheit, Mag. Dr. Michaela Kardeis: "Terrorismusbekämpfung geht uns alle an. Niemand wird von heute auf morgen Terrorist. Unser Aktionsradius beginnt dort, wo junge Menschen auf Suche nach Sinn und Orientierung sind. Er geht über die Kleinkriminalität, wo viele Dschihadisten ihre Karrieren begonnen haben, und endet bei der Verhinderung eines konkreten Anschlags."

Dort, wo es um die Möglichkeit der Verhinderung eines Anschlags und dessen Aufklärung geht, brauche die Polizei jeweils geeignete Maßnahmen. Der anlassbezogene Videozugriff und die internetbasierte Kommunikationsüberwachung im Fall eines begründeten strafrechtlich relevanten Verdachts seien notwendig, um mit den Terroristen Schritt halten zu können, so Kardeis weiter.

Herausgegeben von der Landespressestelle Vorarlberg
Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landespressestelle, Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz, Österreich | www.vorarlberg.at/presse
presse@vorarlberg.at | T +43 5574 511 20135 | M +43 664 6255102 oder M +43 664 6255668 | F +43 5574 511 920095
Jeden Werktag von 8:00 bis 13:00 Uhr und von 14:00 bis 17:00 Uhr erreichbar